

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. 3. Volk 1.20 einchl. 18 3. Beförd.-Geb. zur 20 3. Zustellungsgeb.; d. Ag. 1.40 einchl. 20 3. Ansträgergeb.; Einzelz. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt 3. Betriebsför. bezieht kein Anspruch auf Lieferung. Druckanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 821.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Ultensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 172

Ultensteig, Mittwoch, den 28. Juli 1937

68. Jahrgang

Brotgetreide darf nicht verfüttert werden

„Verordnung zur Sicherung des Brotgetreide-Bedarfs“

Berlin, 27. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring,

zur Sicherstellung des Brotgetreide-Bedarfs des deutschen Volkes eine Verordnung erlassen, durch die gewährleistet wird, daß die gesamte Roggen- und Weizenrate in den Dienst der Brotgetreide-Versorgung gestellt wird.

Die Verordnung bestimmt zunächst, daß jeder Erzeuger inländischen Brotgetreides verpflichtet ist, alles Brotgetreide, was er geerntet hat, abzuliefern. Ausgenommen von der Ablieferungspflicht sind lediglich die Mengen, die für die Brotvermehrung und für Saatwecke des Getreideerzeugers, der Deputatberechtigten und Empfänger eines Leibgedinges erforderlich sind.

Die Verordnung bringt damit das Verbot der Verfüllung von Brotgetreide und Erzeugnissen für jedermann, einzellich, ob Erzeuger von Brotgetreide oder Tierhalter, der Brotgetreide nicht selbst erzeugt. Die Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft kann von diesem Verbot Ausnahmen zulassen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird das ganze Getreidewirtschaftsjahr hindurch Futtermittel laufend zur Verfügung stellen; er hat schon jetzt beträchtliche Mengen von in- und ausländischem Futtermittel zur Verteilung über die Landesbauernschaften bereitstellen lassen. Diese Futtermittel werden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse zugeweiht, die sich durch die restlose Ablieferung des Brotgetreides aus den Erzeugerbetrieben ergeben.

Wortlaut der Verordnung

Die Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreide-Bedarfs vom 22. Juli 1937 bestimmt:

Abchnitt 1: Gesamtlieferung von Brotgetreide

§ 1

1. Jeder Erzeuger inländischen Brotgetreides ist verpflichtet, alles Brotgetreide, das er geerntet hat, abzuliefern.

2. Dem Ablieferungsanspruch unterliegt nicht: 1. Brotgetreide, das für die menschliche Ernährung innerhalb des Betriebes des Erzeugers verwendet wird, 2. Brotgetreide, das für Saatwecke innerhalb des Betriebes des Erzeugers verwendet wird, 3. Brotgetreide, das — auch in Form von Erzeugnissen heraus — in Erfüllung eines Deputats oder Leibgedinges geliefert und für die Ernährung des Berechtigten und seines Saatgutbedarfs verwendet wird, 4. grüner Dinkel oder Spelz, der zur Herstellung von Grünfarnen verwendet wird.

3. Brotgetreide im Sinne dieser Verordnung ist Roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fejen), Emmer, Einkorn und Gemenge, das eine oder mehrere Arten solchen Getreides enthält.

4. Als Ablieferung im Sinne dieser Vorschriften gilt nur die Lieferung, die zur Erfüllung eines auf Veräußerung gerichteten Geschäftes für Zwecke der menschlichen Ernährung, für Saatwecke oder für technische Zwecke erfolgt.

§ 2

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt nach Anhörung des Reichsbauernführers, innerhalb welcher Fristen die Ablieferung zu erfolgen hat.

§ 3

1. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann nach Anhörung des Reichsbauernführers bestimmen, welche Mengen der Erzeuger für den in § 1 Abs. 2 Nr. 4 genannten Zweck verwenden darf.

2. Der Reichsminister trifft eine besondere Regelung, um sicherzustellen, daß zur Erfüllung eines Deputats oder Leibgedinges Brotgetreide und Erzeugnisse heraus nur in der Menge geliefert werden, in der sie für die Ernährung des Berechtigten und für seinen Saatgutbedarf erforderlich sind (§ 1 Abs. 2 Nr. 4).

Abchnitt 2: Verfütterungsverbot

§ 4

1. Brotgetreide (sowohl gedroschen als auch ungedroschen) oder Erzeugnisse hieraus dürfen weder vom Erzeuger des Brotgetreides noch von anderen zu Futterzwecken verwendet werden.

2. Brotgetreide (sowohl gedroschen als auch ungedroschen) oder Erzeugnisse hieraus dürfen zu Futterzwecken nicht gekauft, erworben, verkauft, veräußert oder sonst in den Verkehr gebracht werden.

3. Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 gelten auch für Brot und andere Backwaren sowie für Abfälle hiervon, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind.

§ 5

Die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft oder die von ihr beauftragten Stellen können Ausnahmen von den Vorschriften des § 4 zulassen.

Die Vorschriften des § 4 gelten nicht für Kleie und Futtermehle im Sinne der §§ 21, 24 der Verordnung zur Ausführung des Futtermittelgesetzes vom 21. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 225).

§ 7

Die Getreidewirtschaftsverbände sind zwecks Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des § 4 berechtigt, auf Grund der Verordnung über Auktionspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 723) von den Tierhaltern Auktion zu verlangen, auch soweit diese nicht Mitglieder der Getreidewirtschaftsverbände sind.

Abchnitt 3: Schlussvorschriften

In den §§ 8 bis 12 wird die Durchführung geregelt.

Der Reichsobermann des Reichsnährstandes Behrens erklärt über die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft R. Walther Darré im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring, zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs erlassene Verordnung folgendes:

Es handelt sich um eine sehr einschneidende Verordnung. Der Reichsminister hat sich schweren Herzens entschlossen, diesen Weg zu gehen. Es ist die Verordnung, die ein Verfütterungsverbot für Brotgetreide ausspricht und außerdem die restlose Ablieferungspflicht für Brotgetreide mit Ausnahme von Saatgetreide, Deputatgetreide und Getreide für den eigenen Gebrauch bringt.

Man erkennt die Notwendigkeit der Verordnung am besten, wenn man die Produktionsverhältnisse mit den Aufgaben der Ernährungswirtschaft vergleicht, wenn man zurückblickt auf die Verhältnisse von 1914 und heute. Durch den Versailler Vertrag haben wir 3,8 v. H. unseres Ackerlandes verloren, und zwar Heberichsgebiete. Wir wissen ferner, daß seit 1933 erhebliche Mengen an Ackerland zu Erzieherplätzen, zu Flugplätzen und Autobahnen gebraucht wurden und dadurch der Ernährung verloren gingen, wir wissen endlich, daß wir 1914 eine Landwirtschaft hatten, die auf der Höhe und kapitalkräftig, während die Landwirtschaft 1933 überschuldet und zusammengebrochen war.

Auf der anderen Seite sehen wir die Aufgaben. 1914 hatten wir, auf das heutige Reichsgebiet berechnet, 60,3 Millionen Menschen zu ernähren, 1933 68 Millionen. Wenn man weiter weiß, daß Gott sei Dank, der Geburtenüberschuß von 1933 bis heute 1,8 Millionen Menschen beträgt, daß weiter die Kaufkraft gestiegen, der Lebensstandard höher ist, daß die 5,8 Millionen Arbeitslosen eingegliedert wurden, so weiß man auch, daß dadurch ein erheblicher Lebensmittelverbrauch entstanden ist. Der Landwirtschaft ist auf der anderen Seite eine neue Aufgabe durch die Festschließung entstanden, jedoch sie sich mit dem Ausbau Abfalliger Saaten beschäftigen mußte. Das alles ging für die Fläche an Brotgetreide verloren.

Sitzu kommt weiter, daß auf der einen Seite Devisenmangel besteht, daß auf dem Weltmarkt die Preise für Brotgetreide ungeheuer gestiegen sind (augenblicklich kostet die Tonne Getreide 120 bis 140 RM., im vorigen Jahre noch 70 RM.), daß Roggenländer z. B. Rußland, auf dem Weltmarkt vollkommen ausfallen und daß wir auf der anderen Seite gezwungen sind, unsere Vorräte zu härten, da ja kein Mensch weiß, wann einmal nach einer Mittelernte eine Katastrophe folgt usw., deshalb hat sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, diese an sich einschneidende und scharfe Verordnung herauszubringen.

Man wird fragen: Warum eine so einschneidende und scharfe Verordnung? Denn wenn man kein Brotgetreide verfüttern soll, ist es doch ganz einfach, man läßt es eben.

Wir müssen uns vorstellen wie es war. Wir haben große Gebiete in Deutschland, bei denen der Roggen als Hauptfrucht von jeher die Futtergrundlage für die Schweinezucht gewesen ist, aus dem Grunde, weil in diesen Gebieten kein anderes Getreide wächst (Emsland, Ostpommern usw.). Weiter muß beachtet werden, daß vor wenigen Jahren die früheren Regierungen durch Eosin-Beimischung den Roggen für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht und

Lesen Sie

unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“, überzeugen Sie sich von der Vielseitigkeit des darin Gebotenen und bestellen Sie diese. Alle Agenten und Austräger sowie die Geschäftsstellen nehmen fortgesetzt Bestellungen entgegen.

den auf den Futtermarkt gegeben haben. Sie haben den Bauern veranlaßt, seinen Roggen zu verfüttern und ihn zum anderen noch gezwungen, diesen Eosin-Roggen noch zusätzlich aufzunehmen. Diese Entwicklung ist ganz zwangsläufig erfolgt. Heute wird dem Bauern dieselbe Futtermittelgrundlage entzogen. Das würde unbedingt zu einer Katastrophe in der Schweinehaltung und -mast führen. Wir würden im nächsten Jahr überhaupt nicht in der Lage sein, nur den notwendigen Bedarf an Schweinefleisch zu befriedigen. Wir haben indessen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern vom Reichsnährstand aus dafür gesorgt, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben eine Umstellung erfolgt ist. Diese Entwicklung hat der Reichsbauernführer schon vor vier Jahren gesehen und er hat zur Erzeugungsschlacht aufgerufen und den Bauern veranlaßt, seine Futtergrundlage zu verbreitern und von Roggen auf andere Futtermittel umzustellen. Auch in der Markordnung ist dafür gesorgt, daß durch Kartoffelflocken, Fischmehl usw. ein allmählicher Ausgleich stattfindet, d. h. wir haben den Bauern in diese Futtermittel hineingeleit. Hierzu einige Zahlen: Wir haben die Zuckerrübe sehr stark eingespart.

Wir hatten 1933 eine Produktion von 120 000 Tonnen Zuckerrübenschnitzel und im letzten Jahr durch die Erweiterung des Zuckerrübenbaus bereits 400 000 Tonnen, in diesem Jahr werden wir weit über 600 000 Tonnen Schnitzel haben, die wir zusätzlich einsehen können. Viehlich liegen die Verhältnisse bei anderen Futtermitteln. Gerade in diesem Herbst wird die Produktion an Kartoffelflocken erheblich gefördert werden.

Das sind Maßnahmen, die von dem Reichsnährstand bisher getroffen sind. Schrittweise werden wir weiter kommen, immer mehr Roggen herauszubekommen. Eins steht fest: wir hätten es im letzten Frühjahr mit der Brotversorgung überhaupt nicht geschafft, wenn wir nicht in der Lage gewesen wären, durch diese Futtermittel diese Menge von Brotgetreide herauszugiehen. Diese Arbeiten würden aber im Augenblick nicht genügen, um die Katastrophe in der Schweinehaltung tatsächlich zu verhindern. Es ist deswegen zu begrüßen, daß die Reichsregierung in der Lage ist, darüber hinaus Mais und Gerste aus der Einfuhr zur Verfügung zu stellen, die wir in jene Gebiete hinleiten, aus denen Brotgetreide herausgezogen wird, und die außerdem den Vorteil haben, daß sie verhältnismäßig preiswert sind. Von der Menge dieser Einfuhr wird es abhängen, wie weit es gelingt, die Schweinemast auf der jetzigen Höhe zu halten.

Beim Weizen liegen die Verhältnisse ähnlich, d. h. dort wird allerdings sehr viel weniger verfüttert, ungefähr 500 000 Tonnen und diese gingen bisher vorwiegend in die Kleintierzucht, in die Geflügelhaltung. Auch diese Mengen müssen freikommen, weil es verboten ist, Brotgetreide zu verfüttern. Und dafür müssen wir ebenfalls Ersatz schaffen.

An diesen Hinweisen sieht man, daß die Verordnung für den Bauern sehr einschneidend ist, weil sie eine neue Belastung bedeutet, weiter, daß es nicht so leicht ist, die Dinge durchzuführen, zumal man die Tiere ja nicht verhungern lassen kann. Aber es ist im Interesse des Volksganzen notwendig, daß die Brotversorgung sichergestellt wird.

Polizei im Dienste des Ernteschutzes

Beschärftes Vorgehen gegen Fahrlässigkeit

Berlin, 27. Juli. Zur erfolgreichen Durchführung des Vierjahresplanes und zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes ist es unbedingte Notwendigkeit, daß die eingehenden Erntevorräte vor Brandgefahr geschützt werden. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler hat deshalb die gesamte Polizei des Reichs und der Gemeinden, Schutzpolizei, Gendarmerie und Kriminalpolizei angewiesen, dem Schutz der Erntevorräte dauernd die größte Aufmerksamkeit zu widmen und zur Verhütung von Bränden und Brandstiftungen ununbedingt sämtliche Personen, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen, zur Anzeige zu bringen. Er hat die Polizeibehörden ersucht, sich durch unermüdete Revisionen von der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überzeugen.

In dem Erlaß wird auf die häufigsten Brandursachen hingewiesen, die in jedem Jahr erfahrungsgemäß zur Vernichtung riesiger Erntevorräte führen. Wenn Volksgenossen während ihrer Arbeit an Getreide- oder Strohstobern oder an der Drechselmaschine offene Pfeifen oder Zigaretten rauchen, so ist dies eine Verantwortungslosigkeit, die von der Polizei scharfstens geahndet wird. Wenn die Polizei weiter feststellt, daß Antriebsmotoren der Drechselanlagen durch ihren unvorschriftsmäßigen Zustand oder ihre unsachgemäße Aufstellung in unmittelbarer Nähe von Getreide- oder Strohstobern in höchstem Grade feuergefährlich sind, wird sie ebenfalls sofort einschreiten. Eine weitere häufig vorkommende Brandursache während der Erntezeit ist das Anzünden der beim Drechsel anfallenden Spreu in unmittelbarer Nähe von Strohstobern.



Die Katastrophe am Nanga Parbat

Fünf Expeditionsteilnehmer geborgen und beigelegt
München, 27. Juli. Die Deutsche Himalaja-Stiftung teilte Dienstagabend mit:

Von Paul Bauer traf eine Meldung ein, wonach es gelungen ist, fünf der im Lager 4 am Nanga Parbat verunglückten Bergsteiger aufzufinden; es handelt sich um die Expeditionsteilnehmer Pfeiffer, Hartmann, Hepp, Dr. Wien und Fankhauser. Sie wurden in der Nähe der Unglücksstelle am Fuße eines hohen Eisturmes zur letzten Ruhe beisetzt.

Zwei weitere Bergsteiger, Mülleritter und Göttner, und die neuen Träger, die bei dem Unglück gleichfalls verschüttet wurden, konnten nicht mehr geborgen werden. Die Bergungsarbeiten waren infolge der Härte der Lawine und des Sauerstoffmangels in der großen Höhe von über 6000 Metern außerordentlich anstrengend.

Das Lager 4, das jetzt von der Katastrophe ereilt wurde, war bei den früheren Expeditionen als vollkommen sicher angesehen worden; es war jedesmal Wochen hindurch besetzt. In der Umgebung waren nie irgendwelche Lawinen niedergegangen. Die Lawine, die die furchtbare Katastrophe herbeigeführt hat, ist dadurch entstanden, daß am Hang des Rastot-Beal-Ausläufers Eismassen abdrachen, die den frisch gefallenen Schnee mitrissen. Die Lawine hat auf der Terrasse, auf der Lager 4 stand, noch 400 Meter auf einer waagrechten Strecke zurückgelegt und das Gelände in einer Breite von 150 Metern bedeckt.

Der Zeitpunkt der Lawine konnte festgestellt werden; sie ging nieder in der Nacht vom 14. zum 15. Juni wenige Minuten nach Mitternacht. Die genaue Bestimmung ist dadurch möglich geworden, daß mehrere Uhren der Bergglückten zu dieser Zeit stehen geblieben sind.

Rumänische Staatsjugend in Nürnberg

Nürnberg, 27. Juli. Am Dienstagvormittag trafen 100 Angehörige der rumänischen Staatsjugend-Organisation „Wächter des Landes“ in Nürnberg zu eintägigem Aufenthalt ein. Sie wurden von dem am Hauptbahnhof angetretenen Jungvolk mit Fröhlichkeiten und Trommelwirbel begrüßt. Der Führer der rumänischen Kettegesellschaft, Professor Ionescu, Kommandant der „Wächter des Landes“, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die freundschaftlichen Bande zwischen Deutschland und Rumänien in alle Zukunft aufrecht erhalten bleiben. Er schloß mit einer begeisterten aufgenommenen Huldigung für den Führer. Anschließend fand ein Empfang im Rathaus statt.

Ausflug zum Breslauer Sängerbundesfest

Siebenbürger Sachsen die ersten Gäste

Breslau, 27. Juli. Der erste Sonderzug, der zum Deutschen Sängerbundesfest am Dienstagmorgen auf dem festlich geschmückten Breslauer Hauptbahnhof eintraf, brachte Sänger und Sängerinnen aus Siebenbürgen nach der schlossischen Hauptstadt. Die ausländischen Gäste wurden von dem Obmann des Empfangsausschusses willkommen geheißen, der der Freude Ausdruck gab, die deutschen Volksgenossen, die sich in der Fremde seit vielen Jahrhunderten ihr Deutschtum und mit ihm auch das deutsche Lied bewahrt haben, beim großen Deutschen Sängerbund begrüßen zu können. Der Sprecher der Siebenbürger Sachsen dankte für die herrliche Begrüßung. Die Siebenbürger hätten sich bemüht, möglichst frühzeitig nach Breslau zu kommen, um diese bedeutende Stadt des deutschen Ostens mit ihrer großen geschichtlichen Tradition näher kennen zu lernen.

Das Sängerbundesfest in Breslau

Der Bundesführer der schwäbischen Sänger über das Fest

Stuttgart, 27. Juli. Nicht weniger als 6000 schwäbische Sänger fuhren dieser Tage zum 12. Deutschen Sängerbundesfest nach Breslau. Mit Spannung und Erwartung blickten sie auf die kommenden Ereignisse, die für sie ein großes, hartes Erlebnis bedeuten werden. Wie der Bundesführer des Schwäbischen Sängerbundes, Innenminister Dr. Schmid, in einer dem „NS-Richter“ gewidmeten Unterredung ausführte, ist die Beteiligung der schwäbischen Sänger prozentual gerechnet außerordentlich hoch. Würtemberg darf sich, so führte der Bundesführer u. a. aus, überhaupt rühmen, durch die Gründung des Schwäbischen Sängerbundes die Keimzelle zum großen Deutschen Sängerbund gelegt und das große Gemeinshaftswort ermöglicht zu haben. Die Schwaben sind auch für die Gestaltung von Sängereisen immer vorbildlich gewesen. Das rührt daher, daß in diesem hedegegneten Land die Gründung von Gesangsvereinen viel früher einsetzte, als anderswo. So war es auch jetzt selbstverständlich, daß Würtemberg an der Spitze der Gänge marschieren würde, wenn zum erstenmal im Dritten Reich ein Sängerbundesfest alle deutschblütigen und deutschsprachigen Sänger zu einer machtvollen Kundgebung vereinigen würde. Daß hierfür gerade Breslau als Tagungsort gewählt wurde, mag als ein treffendes Symbol unserer Verbundenheit mit den deutschen Brüdern jenseits der Grenzen gewertet werden. Dr. Schmid betonte mit besonderem Nachdruck, daß das Breslauer Liedersfest nicht nur eine nationale Kundgebung für das wiedererkarte Deutschland zu werden verspricht, es wird darüber hinaus auch zum erstenmal seit der Nachkriegszeit alle deutschen Sänger in einem geschlossenen Deutschen Sängerbund der Öffentlichkeit zeigen, einerlei, welchem Berufsstand, welcher Konfession und welchem Genu der Einzelne angehört. Es wird also auch hier der Gedanke der deutschen Volksgemeinschaft sinnfällig in Erscheinung treten.

Aber auch in seinem Gehalt wird das Breslauer Sängereisen ein anderes Gesicht tragen, als früher. Es wird den Stil des neuen Deutschlands auch im Lied nicht verleugnen. Das berührt unsere schwäbischen Sänger vielleicht nicht so stark, wie andere Leute, denn der Schwabe hatte von jeher ein sehr starkes Gefühl für das Bodenständige, Schlichte und Volkerverbundene Lied. So konnte der bloße Kunstgesang in Würtemberg das Volklied nie verdrängen. So kam es auch, daß diese Lieder nicht nur in den Vereinen oder in der Schule, sondern noch viel mehr zuhause in der Familie und im Freundeskreis gesungen wurden.

Die Lage in Nord-China

Nanking glaubt an Krieg — Westmächte empfehlen Befriedung

Die Lage in Peiping

Freie Hand für die japanische Nordchina-Garnison — Schwere Kämpfe erwartet

Tokio, 27. Juli. (Ostasiendienst des DNB.) In einer Sonder-Sitzung des japanischen Kabinetts wurde beschlossen, auf Grund der neuen Zwischenfälle in Langfang und bei Peiping entschiedene Maßnahmen gegen die Haltung der chinesischen Truppen in Nordchina zu ergreifen. Der japanischen Nordchina-Garnison wurde das Recht zugestanden, selbstständig alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen zum Schutze des Lebens und des Eigentums der japanischen Bevölkerung in Peiping und im Bezirk Tientsin zu treffen. Die Leitung der Nordchina-Garnison ist beauftragt worden, die Innehaltung der Verträge und aller getroffenen Abmachungen zu erzwingen. Die japanische Regierung gibt bekannt, daß bei der Durchführung aller Selbstverteidigungsmassnahmen keinerlei Territorialforderungen erhoben würden und daß der Schutz der internationalen Interessen garantiert werde. Die Regierung hoffe, durch ein entschlossenes Durchgreifen im Sinne der Selbstverteidigung die Lokalisierung des Konfliktes zu erreichen und eine baldige, endgültige Beilegung des Zwischenfalles feststellen zu können.

In Tokio erwartet man den Ausbruch schwerer Kämpfe in Kürze.

Anweisung an die Japaner in Peiping

Peiping, 27. Juli. In den Morgenstunden des Dienstag erhielten sämtliche japanischen Bewohner Peipings Anweisung, bis 12 Uhr mittags im Gesandtschaftsviertel Zuflucht zu nehmen.

Die vor dem Westtor Peipings eingezogenen Teile der japanischen Brigade Kawabe eröffneten Montagabend 7.30 Uhr den Angriff. Feldgeschütze und Maschinengewehre begannen mit der Beschleppung der Chinesenstadt. Während des Artillerieangriffes drangen am Montagmorgen etwa hundert japanische Soldaten durch das Stadttor ein. Verhandlungen mit dieser abgetrennten Truppe führten zu ihrer Ueberführung nach den japanischen Militärbaracken innerhalb des Gesandtschaftsviertels.

Die Kämpfe beginnen

Peiping, 27. Juli. (Ostasiendienst des DNB.) Die Verhandlungen scheinen endgültig zusammengebrochen und die 29. Armee zum äußersten Widerstand entschlossen zu sein. Seit 5.20 Uhr nachmittags (österreichische Zeit) ist in Peiping lehr hartes Artilleriefeuer zu hören, was wohl den Ausgang der japanischen Aktion bedeutet, die für die Nichterfüllung des Ultimatus angebroht war. Zunächst soll wohl der Teil der 37. Division, der in Wanpinghien und Umgebung steht, zu dem geforderten Abzug nach Tschanghsien genötigt werden.

Das chinesische Bataillon, das in Tungdsichon auf der Ostseite Peipings von den Japanern entworfen werden sollte, widerlegte sich diesem Versuch. Die Kämpfe sind dort noch im Gange. Ebenso wird unter anderen Truppen der Nihopel-Regierung Unruhe gemeldet. Sie sollen begonnen haben, sich zu verschanzen.

Die chinesischen Behörden in Peiping geben jetzt offiziell bekannt, daß die japanischen Forderungen Dienstagnachmittag endgültig abgelehnt werden seien und ermahnen die Bevölkerung zur Ruhe. Gleichzeitig wurde das Hauptquartier der japanischen Nordchina-Garnison in Tientsin aufgefordert, die japanischen Truppen unverzüglich von Langfang zurückzunehmen.

In die begonnenen Kämpfe sind nicht nur die Truppen der 37., sondern auch der 38. und 132. Division verwickelt. Der Versuch, in die 29. Armee einen Keil zu treiben, ist also mißlungen. Ueber Peiping wurden japanische Beobachtungslieger geschickt.

Nanking glaubt an Krieg

Nanking, 27. Juli. Die Befürchtung in neutralen politischen Kreisen, daß ein neuer japanisch-chinesischer Krieg unvermeidbar ist, hat jetzt von amtlicher chinesischer Seite eine Bestätigung erfahren. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums gab in einer Erklärung zu den letzten Ereignissen in Nordchina bekannt, daß die Nanking-Regierung am Ende ihrer Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten angelangt sei. Der Sprecher fügt hinzu, daß

Wir Schwaben haben übrigens, so stellte der Minister endlich fest, an dem Breslauer Sängerbundesfest auch noch ein weiteres Interesse. So findet bekanntlich im nächsten Jahr das Schwäbische Sängerbundesfest in Stuttgart statt. Darüber hinaus hat sich aber die Landeshauptstadt auch als Tagungsort für das nächste große Deutsche Sängerbundesfest im Jahre 1941 beworben und es ist sehr wohl damit zu rechnen, daß es auch hier stattfinden wird. Die Frage einer großen Versammlungshalle dürfte bis dahin wohl befriedigend geklärt sein.

Günstige Entwicklung der Reichssteuereinnahmen

Berlin, 27. Juli. Die Einnahmen des Reiches an Besitz- und Verkehrssteuern beliefen sich im Juni 1937 auf 1011,3 Mill. RM, gegen 747,7 Mill. RM in der entsprechenden Vorjahreszeit, an Zölle und Verbrauchssteuern auf 299,0 (249,8) Mill. RM, insgesamt also auf 1310,3 (997,5) Mill. RM. In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1937 betragen die Reichssteuereinnahmen insgesamt 3077,5 Mill. RM, gegen 2527,9 Mill. RM in der entsprechenden Vorjahreszeit, von denen 2156,8 Mill. RM (1893,1) auf Besitz- und Verkehrssteuern und 920,7 (634,8) Mill. RM auf Zölle und Verbrauchssteuern entfallen.

Das Einkommen an Lohnsteuer war im Juni um 17,6 Mill. RM höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. An

Japan für alle weiteren Entwicklungen in Nordchina die Verantwortung übernehmen müsse.

Ein Vertreter der 29. chinesischen Armee in Nanking erklärte heute gleichfalls, daß „der Vorhang zu einem neuen Krieg in Nordchina ausgegangen ist“. Er gab bekannt, daß ein Kleinkrieg zwischen japanischen und chinesischen Soldaten den ganzen Tag über im Gange war und daß von nun ab General Sungtjehquan keinerlei Verhandlungen mit den japanischen Führern noch irgendwelche Abkommen mit ihnen treffen würde.

Nach einer amtlichen chinesischen Darstellung waren japanische „Provokationen“ für die Kämpfe bei Langfang verantwortlich. Diesen Berichten zufolge erschienen japanische Soldaten vor der Kaserne in Langfang und verlangten Unterkunftsräume für die Japaner. Da diese japanische Forderungen von den Chinesen abgelehnt wurde, eröffneten die japanischen Truppen Gewehrfeuer auf die Chinesen, die anfänglich das Feuer nicht erwiderten, sondern erst um 2.30 Uhr Montag nachmittag den bewaffneten Widerstand ausnahmen.

Westmächte empfehlen Befriedung

London, 27. Juli. Die Lage im Fernen Osten wurde am Dienstag erneut im Unterhaus zur Sprache gebracht. Auf Anfrage des Oppositionsführers Attlee gab Außenminister Eden zunächst einen ausführlichen Bericht über die letzten Ereignisse und Zusammenstöße in Nordchina. Er fügte hinzu, einen Bericht erhalten zu haben, wonach die Japaner möglicherweise sowohl in Peiping als auch außerhalb zu militärischen Maßnahmen schreiten würden. Er habe den britischen Geschäftsträger in Tokio angewiesen, die ernstliche Hoffnung der englischen Regierung auszudrücken, daß ein solches Vorgehen vermieden werde. Abgesehen davon habe die englische Regierung weiterhin den Regierungen Japans und Chinas ihre Besorgnis über die Lage ausgedrückt und auf ihr Interesse hingewiesen, daß eine friedliche Regelung erzielt werde. Ein ähnlicher Schritt sei sowohl in Tokio wie in Nanking von der amerikanischen und der französischen Regierung unternommen worden. In der Zwischenzeit bleibe die englische Regierung in dauernder Fühlung mit anderen betroffenen Regierungen und besonders mit Washington. Auf die Frage, ob zu diesen Regierungen auch Sowjetrußland gehöre, antwortete Eden bejahend. Er fügte hinzu, daß in den Gefahrengebieten Pläne für den Schutz der britischen Staatsangehörigen ausgearbeitet seien. Sie würden im Notfall in Kraft gesetzt werden.

Eine Erklärung der chinesischen Regierung

Nanking, 27. Juli. Das chinesische Außenministerium gibt eine längere Erklärung zu der Wiederaufnahme der Kämpfe bei Langfang ab. In der Erklärung der chinesischen Regierung heißt es, daß die Japaner den chinesischen Behörden zu hohe Forderungen gestellt hätten. Die chinesische Regierung habe sich bemüht, den Frieden im Fernen Osten zu erhalten und habe durch diplomatische Verhandlungen die friedliche Lösung herbeizuführen versucht. Bedauerlicherweise habe die japanische Regierung die Annahme der chinesischen Vorschläge verweigert.

Es heißt in der Erklärung weiter, daß Chinas Bemühungen, den Frieden zu erhalten, nunmehr erschöpft seien.

Amerika mischt sich nicht ein

Eine Erklärung zu den Kämpfen in China

Washington, 27. Juli. Auf der Pressekonferenz erklärte Staatssekretär Hull zu den Kämpfen in China, er habe in Tokio und in Nanking die Hoffnung zum Ausdruck bringen lassen, daß die Kämpfe in Peiping eingestellt würden. Im übrigen bleibe Amerika in seiner unabhängigen Stellung, die parallel mit der anderer Mächte auf Beilegung der Differenzen in China gerichtet sei. Vermittlungsversuche würden von den Vereinigten Staaten aber nicht unternommen werden, und ebenso seien auch keinerlei Protestschritte beabsichtigt. Man beschränke sich auf ein gütliches Zureden im Interesse der Weltwirtschaft und im Interesse der beiden beteiligten Länder Chinas und Japans.

veranlagter Einkommensteuer sind im Berichtsmontat 95,8 Mill. RM, mehr als im gleichen Vorjahresmonat aufgefunden. Insgesamt ergab sich bei der Einkommensteuer ein Mehr von 115,9 Mill. RM, gegenüber dem Aufkommen im Juni 1936. Das Aufkommen an Körperschaftsteuer war um 104,2 Mill. RM höher. Das Mehr rührt zum Teil von der Erhöhung der Körperschaftsteuer durch das Gesetz zur Änderung des Körperschaftsteuergesetzes vom 27. August 1936 her. An Umsatzsteuer sind 25,9 Mill. RM mehr aufgefunden. Bei der Beförderungssteuer ist im Juni 1937 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Mehraufkommen von 4,3 Mill. RM zu verzeichnen.

Die Zölle und Verbrauchssteuern ergaben im Juni 1937 zusammen 49,2 Mill. RM, mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Im ersten Quartal des Rechnungsjahres 1937 hat sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Mehraufkommen von 549,6 Mill. RM ergeben. Von diesem Mehr entfielen 463,7 Mill. RM auf Besitz- und Verkehrssteuern und 85,9 Mill. RM auf Zölle und Verbrauchssteuern.

Jeder einmal in Berlin! Billige Sonderzüge fahren zu den Reichswettkämpfen der SA, vom 12. bis 15. August, in die Reichshauptstadt. Anmeldungen und Eintrittskarten sofort bei den Dienststellen der SA.



Neue Belohnungen - neue Verhaftungen

Alle Dienststellen der Sowjetunion werden ausgelüftet
 Moskau, 28. Juli. Die Moskauer Blätter veröffentlichen eine neue Liste von hohen und höchsten GPU-Beamten, die, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, „für die Erfüllung wichtigster Aufgaben der Regierung“ mit verschiedenen Orden ausgezeichnet worden sind. Unter ihnen befinden sich auch Abteilungs- bzw. Ragonleiter der GPU, wie Belki, Gendin, Krinowski, Peters, Estrin usw. Worin diese „Regierungsaufgaben“ bestanden haben, kann kein Zweifel sein, wenn man täglich in den Zeitungen liest, daß die Verhaftungswelle in der ganzen Sowjetunion ungehemmt weitergeht. Auf allen Gebieten der staatlichen, parteilichen und wirtschaftlichen Verwaltung sind Angehörige und Denunziationen an der Tagesordnung und die Blätter sind voll von Anzeigen gegen „Staatsfeinde“ und „Trotzkisten“. So ist, wie die „Pravda“ meldet, in dem Zundertrist in der Ukraine beinahe die ganze Leitung abgesetzt worden, ebenso wurden die Direktoren der einzelnen Werke verhaftet. Das gleiche Blatt berichtet, daß der Säuerer, die im ukrainischen Rundfunk durchgeföhrt wird, auch die Sendeleitung im Dombiet zum Opfer gefallen ist. Ebenso hätten, wie die „Pravda“ weiter mitteilt, die Leiter des Komjomsols, der Jungkommunisten, in Kiew feindliche und Schädlingarbeit geleistet. Unter die gleiche Rubrik solle auch die Tätigkeit der Ragonorganisationen in Winniza, wo auch die Vertreter der Partei mit den Staatsfeinden unter einer Decke hielten. Schließlich berichtet die „Sowetskija“ von der Schädlingarbeit der Behörden in Swerdlowsk.

Senat gegen Roosevelt

Die politische Lage in USA.

Der amerikanische Senat hat dem Präsidenten Roosevelt nunmehr endgültig die verlangten Vollmachten, für den Obersten Gerichtshof Zusatzrichter für die eine gewisse Altersgrenze überschreitenden Mitglieder zu ernennen, verweigert. Was die an den übrigen Bundesgerichten verlangten Reformen anbelangt, so hat er den Gesetzentwurf mit bestimmten Abänderungswünschen zurückgehen lassen. Diese gegen den Präsidenten unmittelbar gerichtete Abstimmung erfolgte mit einer Mehrheit von 70 gegen 20 Stimmen, und das im Oberhaus des Kongresses, in dem der Präsident sonst stets über eine gewaltige Mehrheit verfügte. Man ist in Amerika geneigt, diese Entscheidung als eine vernichtende Niederlage Roosevelts hinzustellen, „schwerer als sie jemals ein großer Parteiführer erlitten“. Das ist offenbar eine Übertreibung, denn eine genaue Betrachtung der politischen und gesellschaftlichen Lage zeigt, daß die Stellung Roosevelts sich hinsichtlich der Durchsetzung seiner Absichten im Rahmen des New Deal - und ihr sollte die Reform des Obersten Gerichtshofes ja vornehmlich dienen - durchaus nicht verschlechtert, im Gegenteil verbessert hat. Aber es bleibt natürlich bestehen, daß die Ablehnung eines Gesetzentwurfes, für den der Präsident sich so stark einsetzte, einen empfindlichen Schlag für ihn bedeutet.

Als Roosevelt die in dem jetzt zurückgewiesenen Gesetzentwurf enthaltenen drakonischen Maßnahmen zur Verhängung des Obersten Gerichtshofes verlangte, geschah das, weil er darin den einzigen Weg sah, um Regierung und Kongress in die Lage zu versetzen, die dringenden Probleme des wirtschaftlichen nationalen Aufbaues zu lösen. Der Präsident war der Meinung, der Oberste Gerichtshof habe, als er seinerzeit verschiedene im Rahmen des New Deal-Planes ordnungsgemäß verabschiedete Gesetze als verfassungswidrig erklärte und damit das Reformwerk des Präsidenten an entscheidenden Stellen zerstückelt, seine richterlichen Funktionen überschritten und sich als übergeordnete Instanz der Gesetzgebung selbst etabliert. Er habe in die Verfassung Dinge hineingelesen, die gar nicht darin stünden und die man niemals beabsichtigt habe, in ihre Bestimmungen hineinzulegen. Damit habe er aber die Gesetzgebung im nationalen Sinne lahmgelegt.

Das Verjüngungsgesetz Roosevelts ist auch in der amerikanischen Öffentlichkeit schon bald nach seiner Bekanntgabe auf Widerpruch gestoßen. Der kam allerdings zumeist aus den Kreisen, die durch die wirtschaftliche und soziale Reformgesetzgebung des Präsidenten sich in ihren materiellen Interessen geschädigt glaubten. Die Frage ist, was nunmehr geschehen soll. Wird der Präsident auf seinem Willen bestehen und neue Wege suchen, um zum Ziel zu gelangen? Werden seine Gegner sich mit dem jetzt errungenen Siege zufrieden geben oder wird dieser Erfolg sie ermutigen, ihren Widerstand gegen ihn in unbedeuten Forderungen Roosevelts nun erst recht zu bekräftigen? Vor allem: Wie wird der Oberste Gerichtshof selbst auf die Entscheidung des Senats reagieren? Wird er darin eine Erneuerung erblicken, zu jener Rechtsprechung in Verfassungsfragen zurückkehren, die den Präsidenten veranlaßte, das Verjüngungsgesetz einbringen zu lassen? Das alles sind Fragen, die letzten Endes über den Fortgang des von Roosevelt eingeleiteten sozialen und wirtschaftlichen Erneuerungswerkes in USA entscheiden.

Gerichtssaal

Stuttgart, 27. Juli. Der 47jährige geschiedene Albert Ohmann aus Stuttgart wurde von der Großen Strafkammer in Stuttgart wegen eines fortgesetzten Verbrechen des Rückfallbetrugs zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte im März d. J. in vier auswärtigen Zeitungen folgenden Inhalts erlassen: „Interessenten zum Bau von Eigenheimen nur gegen monatliche Mietzahlung gesucht.“ Darauf meldeten sich über 70 Personen, von denen allerdings nur vier so unordentlich waren, den vor allem angeforderten „Ankostenvorschuß“ in Höhe von 10 RM., um den es dem Angeklagten in erster Linie zu tun war, einzulösen. Bis zu seiner Festnahme hatte er hiervon überdies erst die Hälfte in die Hände bekommen und gebraucht. Das an phantastischer Hochspannung nicht mehr zu überbietende Projekt des Angeklagten bestand darin, monatlich fünf Eigenheime in ganz Deutschland zu erstellen und deren Bau mit dem Vertrieb eines großen Bilderwerkes mit Landschaften Deutschlands zu finanzieren.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. Juli 1937.

Wartet den Pfennig! In letzter Zeit hat es sich wieder eingebürgert, bei Rechnungsbeträgen auf 5 oder 10 Pf. aufzurunden. Dies wirkt sich leicht als Belastung gerade der minderbemittelten Volksgenossen aus und sollte deshalb vermieden werden. Darüber hinaus aber verrät diese Gepflogenheit eine mangelnde Achtung vor dem Pfennig. Gewiß kommt es in vielen Fällen nicht darauf an, ob eine Summe um einen Pfennig erhöht oder ermäßigt wird. Wichtig ist es aber, daß sich Jeder und gerade die heranwachsende Jugend der Bedeutung der kleinsten Einheit unseres Geldsystems bewußt ist. Nur wer mit dem Pfennig umzugehen weiß, vermag die Mark richtig zu schätzen. Wer ein Sparfahndbuch sein eigen nennt, wird bei der alljährlichen Zinsauskunft fast regelmäßig Pfennigbeträge finden. Diese Zinsauskunft zeigt die dem Pfennig innewohnende Kraft zur Mehrung von Sparkapital. Auch die Schulspartassen, die heute überall bestehen, pflanzen schon dem Kinde die Achtung vor dem Pfennig ein. Niemand soll deshalb an dem Pfennig und an der Pfennigrechnung achtlos vorbeigehen.

Calw, 28. Juli. (Verkehrsunfall.) Am Sonntagmorgen ereignete sich auf der Straße von Calw nach Hirsau ein Verkehrsunfall. Ein Calwer Personenwagen, der in Richtung Hirsau fuhr, wollte einen anderen Wagen überholen. Dabei kam es zwischen dem ersteren und einem entgegenkommenden Motorradfahrer mit Beifahrer zu einem Zusammenstoß, d. h. der Motorradfahrer blieb am Kotflügel des Autos hängen, so daß er, der Motorradfahrer, auf das Bankett und sein Beifahrer die Böschung hinunter flog und beide verletzt wurden. Das Auto wurde beschädigt.

Som Kreis Calw, 28. Juli. (Neuordnung im Obsthandel.) Händler können Obst nur noch auf der Bezirksabgabestelle kaufen. Dieser Tage wurden im ganzen Kreis Calw Orts- und Sammelstellen für Obst errichtet, deren Aufgabe es ist, der in Calw errichteten Bezirksabgabestelle das anfallende Obst, Obst und Tafelobst zu melden. Die Bezirksabgabestelle leitet sodann das zum Verkauf angebotene Obst an Betreuer, Händler und Verarbeitungsindustrie weiter. Das Obst bleibt bis zum Abdruck im Besitz des Züchters, der bei der Ortsabgabestelle sein zu verkaufendes Obst anmeldet. Aufgabe der Ortsabgabestelle ist es, bei der Ab- oder Uebernahme des Obstes als Waagemeister die Liefer- und Schlußscheine dem Käufer auszufertigen. In geschlossenen Obsthandelsgebieten ist es verboten, daß Händler und Betreuer unmittelbar beim Erzeuger Obst aufkaufen. Es darf hier nur über die Bezirksabgabestellen gehen. Die Festpreise sind bereits festgelegt und betragen für Hällobst 2,50 M. und für Tafelobst 5 M. Festpreise für Tafelobst sind noch nicht herausgegeben. Die festgelegten Preise dürfen weder überschritten noch unterboten werden. Etwa entstehende Ankosten hat der Käufer zu entrichten, der das Obst sofort bar zu bezahlen hat. Für das Anliefern des Tafelobstes sind Einheitsstellen eingeföhrt. Sämtliches Obst, das zur Verladung kommt, wird durch aufgestellte Verladeprüfer geprüft und der Preis festgelegt. Selbstverständlich werden nur für gut sortiertes Obst Höchstpreise bezahlt. Der private Handel zwischen Erzeuger und Verbraucher ist an die obigen Geschäftsbestimmungen nicht gebunden und bis zu der Höchstmenge von 7 Jtr. frei. Sehr beachtenswert für unsere Obstzeuger ist, daß Hällobst (Hällopfel) jetzt schon in der kleinsten Menge erstoft wird, wenn es der Bezirksabgabestelle, die vom Württ. Gartenbau-Wirtschaftsverband den Lieferungsaufruf von 1000 Jtr. Hällopfel für die Marmeladeindustrie hat, zeitig angemeldet wird.

Freudenstadt, 28. Juli. (Apfelblüte im Juli.) Auf dem Baugelände Uhländstraße 21 ist an einem mit Früchten vollbeladenem Apfelbaum auch ein schöner Apfelblütenzweig zu sehen.

Stuttgart, 27. Juli. (Im Ruhestand.) Der Vorstand des bisherigen Württembergischen Rechnungshofes, Präsident Müller, tritt mit Ablauf des Monats Juli in den Ruhestand. Im Jahre 1913 in das Finanzministerium einberufen, stieg er in rascher Folge zum Ministerialrat auf. Im Jahre 1930 wurde er zum Vorstand des Staatlichen Landesamts ernannt. 1933 übernahm er die Leitung des neuerrichteten Württ. Rechnungshofes. Mit Präsident Müller scheidet ein hervorragend tüchtiger Beamter von reichem Wissen, scharfem Verstand, uner müßlicher Arbeitskraft und großer Organisationsgabe aus dem Staatsdienst. Als Haushaltsreferent des Finanzministeriums hat er sich in den Kriegsjahren große Verdienste um die Erhaltung der günstigen Finanzlage des Württembergischen Staates erworben. Der Führer und Reichsführer hat Präsident Müller bei seiner Zuruhesetzung für seine dem Reich geleisteten treuen Dienste den Dank ausgesprochen.

Jahrestagung des D.A.D. Die diesjährige Haupttagung des Deutschen Ausland-Instituts wird ihren Höhepunkt in der Feier des zwanzigjährigen Bestehens des Instituts erreichen. In der Festigung, die am Samstag, 14. August, nachmittags 4 Uhr im Großen Haus der Württ. Staatstheater stattfindet, wird Reichsminister Dr. Frick die Grüße der Reichsregierung überbringen und die Festrede halten. Die Feier wird außerdem durch die Teilnahme der Siebenbürgisch-Deutschen und des Banater Deutschen Sängerbundes eine besondere Note erhalten. Etwa 400 Sänger und Sängerinnen aus dem Banat und aus Siebenbürgen werden ihre völkischen Lieder singen und außerdem am Abend ein Festkonzert in der Piederhalle geben.

Empfang der Mercedes-Benz-Jahres. Am Dienstag hatten sich der Daimler-Benz in Untertürkheim die Betriebsführung und Gesellschafter versammelt, um die siegreichen Rennfahrer, die auf dem Rückweg den Großen Preis von Deutschland gewonnen hatten, zu empfangen. Unter dem Jubel der Belegschaft waren Rudolf Caracciola, Manfred von Brauchitsch, Hermann Lang und Christian Kauh auf der Tribüne angetreten. Betriebsführer Dr. Kiesel begrüßte die erfolgreichsten Fahrer. Caracciola erzählte einiges von dem Rennen selbst und dankte seinen treuen Rennmonteuren und Mitfahrern.

Denklingen, Kr. Spaichingen, 28. Juli. (Die Zunge verbrannt.) Eine Frau hatte ihr Bügeleisen an die Lampe angehängen. Beim Verlassen des Zimmers entfernte sie wohl das Bügeleisen vom Kabel, ließ dieses aber an der Lampe hängen. Ein kleines Kind kam herbei,

nahm den Steckkontakt in den Mund und verbrannte sich die Zunge so sehr, daß seine Ueberführung ins Bezirkskrankenhaus erfolgen mußte.

Gönnungen, 27. Juli. (Drei Opfer einer Messerstecherei.) Zwei auf Urlaub zu Hause weilende Männer gerieten in einem Wirtschaftssokal in einen Wortwechsel. Der eine wollte den andern, der betrunken war und sich zu laut benahm, nach Hause schicken. Darüber aufgebracht, überfiel er auf dem Nachhauseweg mit seinem Bruder den unlieblichen Mahner und brachte ihm mit einem Stilet 10 W. Verletzungen am Kopfe bei. Zwei zu Hilfe eilende Einwohner wurden von ihm ebenfalls am Kopf verletzt, so daß alle drei in die Klinik nach Tübingen verbracht werden mußten.

Heilbronn, 27. Juli. (Kind aus dem Zug gefallen.) In der Nähe des Bahnhofes Bödingen öffnete sich plötzlich eine Wagentür des einfahrenden Personenzuges und ein Kind fiel heraus. Durch Ziehen der Notbremse wurde der Zug sofort zum Halten gebracht. Mit erheblichen Verletzungen mußte das Kind weggetragen werden.

Ulm, 27. Juli. (75 Jahre Turmuhrfabrik.) Die Turm-Uhrfabrik Hörtz kann auf 75 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Von der bedeutenden Leistung dieses Werkes können gleichzeitig zwei Zahlen: bisher wurden von dem Werk 5000 Turmuhren und 1000 elektrische Rüstemaßchinen hergestellt, die überall, selbst über die Grenzen Europas hinaus, Weltruf genießen. Das erste deutsche Gledenspiel mit elektrischem Antrieb wurde von der Firma Hörtz im Jahre 1915 auf dem Stuttgarter Rathaus aufgestellt. Spielwerke gleicher Konstruktion wurden u. a. für das Ehinger Rathaus, das neue Rathaus in Fochum, die Frauenkirche in Weihen, die Kirchen in Tübingen und Kopenhagen und Postkapelle in Mexiko geliefert. Das Werk beschäftigt heute 120 Beschäftigten.

Heidenheim, 27. Juli. (Neubauerneuerung.) Die in der Nähe von Heidenheim befindliche Staatsdomäne Wangenhof ging durch Kauf in den Besitz der Württ. Landesregierung über, die diese Domäne zu einer Neubauerneuerung für fünf neue Bauernhöfe aufteilte. Dieser Tage fand das Richtfest der neuerrichteten Gebäude statt, die einen in ihrer Zweckmäßigkeit schönen Eindruck hinterlassen.

Kalen, 27. Juli. (Rascher Tod.) Der 64 Jahre alte im Ruhestand lebende Oberlokomotivführer Anton Rupp wurde auf der Rückkehr von einem Spaziergang in der Nähe von seiner Wohnung von einem Schlaganfall betroffen, dem er alsbald erlag.

Sigmaringen, 27. Juli. (Erntehilfe.) Auch hier werden sich Mannschaften des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht an den Erntearbeiten betätigen, ebenso haben sich NSKK-Männer und die landwirtschaftlich geschulten Arbeiter der Fabrikbetriebe zur Verfügung gestellt.

Herbrechtingen, 27. Juli. (H. S. Heim.) Die Gemeinde Herbrechtingen im Kreis Heidenheim hat für die Errichtung eines H.S.-Heimes eine erste Rate in Höhe von 10 000 M. in ihren Haushaltsplan eingesetzt.

Rücksticht auf der Landstraße während der Ernte

Das Hauptblatt des Reichsnährlandes wendet sich angesichts der Erntezeit mit einem Appell an Autofahrer und Fuhrwerklenker, auf den Landstraßen erhöhte Rücksichtnahme und Aufmerksamkeit zu üben, um Unfälle zu vermeiden. Der zur Erholung hinausfahrende Städter müsse sich bewußt sein, daß die Landstraße nicht für ihn allein da sei, sondern daß auf ihr gegenwärtig der Ernteseigen eines ganzen Volkes in die Scheuern gefahren werde. Fehle es ihm an der Zeit, mit der entsprechenden Vorsicht zu fahren, so werde er auf den Reichsautobahnen am schnellsten zum Ziel kommen. Wo er aber die Landstraßen benutze und auf Erntewagen höhe, da könne er sich manchen Fluch und manches Schimpfwort hinter dem Steuer rad ersparen, wenn er mit der nötigen Umsicht fahre, rechtzeitig sein Warnungsglockchen gebe und auch selbst einmal bei unübersichtlicher Strecke **wahig** ein wenig hinter dem Erntewagen herfahre, bis ein Ueberholen ohne Gefahr möglich sei. Die gleiche Rücksichtnahme müsse aber auch von den Führern der Erntewagen gefordert werden, da man häufig beobachten könne, daß mit vollem Erntewagen in einer Weise gefahren werde, als gehöre die ganze Landstraße diesem Gefährt allein.

Zum Schutz gegen den Kartoffelkäfer

Der Reichsnährungs- und der Reichsfinanzminister haben, wie RdZ. meldet, eine gemeinsame dritte Verordnung zur Abwehr des Kartoffelkäfers erlassen, die am 1. August 1937 in Kraft tritt. Darin wird bestimmt, daß die Ein- und Durchfuhr von lebenden Kartoffelkäfern in allen ihren Entwicklungsstufen verboten ist. Die Ein- und Durchfuhr von Kartoffeln, Tomaten, Auberginen, bewurzelten Gewächsen mit und ohne Erdballen, unterirdischen Knollen und Zwiebeln, ferner von Schalen und anderen Abfällen solcher Erzeugnisse sowie von Quenden und sonstigen Gegenständen, die zur Verpackung oder Verwertung solcher Erzeugnisse oder Abfälle gedient haben, aus Frankreich, Belgien oder Luxemburg ist bis auf weiteres verboten. Die Ein- und Durchfuhr von frischem Gemüse und anderen frischen Rüben- und Wurzelgewächsen aller Art, mit Ausnahme von Früchten, aus den genannten Ländern ist, soweit sie nicht nach vorstehender Bestimmung verboten ist, in der Zeit vom 1. April bis 14. November jeden Jahres nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet. Zu den Voraussetzungen gehört ein Ursprungs- und Gesundheitszeugnis.

Wimpelweihe des BDM.

Das im Rahmen des Obergau-Sporttages des schwäbischen BDM in der H. J. wird am Sonntag, 1. August, vormittags 10 Uhr, in einer geschlossenen Feier in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die feierliche Uebergabe von vielen hundert BDM-Wimpeln durch die Obergauführerin Maria Schöndorger vorgenommen. Diese Stunde feierlicher Verpflichtung steht unter den Leitworten „Wenn wir unter Fahnen leben, wird es in uns Zeit und Klar“. Ergänzend können wir mitteilen, daß der Leiter des Kultur- und Rundfunkamtes der Reichsjugendführung, Obergauobführer Gerstl, bei der Feier eine Ansprache hielt. Viele tausend BDM-Mädels werden außer den Wettkampfteilnehmern an diesem großen schwäbischen BDM-Treffen des Obergau Württemberg in der H. J. teilnehmen.



Manöverzeit naht

Wer Quartier geben muß

Wenn in wenigen Wochen die Felder abgeräumt sind, dann kommt die schöne, auf dem Lande besonders freudig erwartete Zeit, in der unsere Wehrmacht zu Übungen und Manövern die Garnisonen verläßt und in Städten und Landgemeinden Quartier nimmt. Ueber die gesetzliche Regelung der Pflicht der Zivilbevölkerung zur Vergabe von Quartierleistungen berichtet Kreisinspektor Lange in dem amtlichen Organ des Gemeindetages „Die Landgemeinde“.

Entgegen einer ziemlich weit verbreiteten Ansicht ist also nicht etwa ausschließlich oder auch nur in erster Linie der Hauseigentümer quartierleistungspflichtig, während ein Mieter überhaupt nicht, oder höchstens im Falle enger Verengung herangezogen werden könnte, sondern die Sache liegt so, daß die dingliche Quartierlast nur der zu tragen braucht, der das Verfügungsrecht über Räume hat. Neu erbaute oder vom Grunde auf wieder aufgedaute Gebäude unterliegen bis zum Ablauf zweier Kalenderjahre nach dem Kalenderjahr, in dem sie bewohnbar bzw. nutzbar geworden sind, der Quartierleistungspflicht nicht. Die Inanspruchnahme ist im übrigen auf solche Räume beschränkt, die für das eigene Wohnungs-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebsbedürfnis des Inhabers entbehrlich sind. Insofern spielt also neben der Zahl der Räume die Größe und Zusammenlegung der sie bewohnenden Familie eine ausschlaggebende Rolle. Im allgemeinen werden Wohnungen mit nur ein bis zwei Wohnräumen ausnahmslos und solche mit drei Wohnräumen häufig freigegeben. Dem Quartierträger ist gestattet, seine Verbindlichkeit durch Bestellung anderweitiger, selbstverständlich in jeder Weise den gesetzlichen Anforderungen entsprechender Quartiere zu erfüllen. Diese Ersatzmöglichkeit ist aber nicht in das freie Belieben gestellt, sondern von einer Prüfung und Genehmigung des Bürgermeisters abhängig gemacht, gegen dessen Ersatzquartier zurückweisende Verfügung es kein Rechtsmittel gibt. Verweigert ein Quartierträger unberechtigt die Erfüllung seiner Pflicht, so stehen dem Bürgermeister alle verwaltungsrechtlichen Zwangsmittel zur Verfügung. Die nötigen Quartierräume werden dann in der Regel anderweitig beschafft und der künftige Pflichtige muß die Kosten zahlen. Beschwerden wegen Quartierlasten sind durch den Bürgermeister bzw. die Kommunalaufsichtsbehörde im Benehmen mit der Truppe möglichst gütlich zu erledigen.

Tränkt Eure Tiere im Sommer

Die hochsommerliche Hitze hat es schon außerordentlich „gut“ mit uns gemeint. Nun ist aber der Sommer noch lange nicht zu Ende und es wird noch manchen heißen Tag geben, an dem sich Mensch und Tier nach Kühlung und Erquickung sehnt. Der Mensch kann sich nun ohne weiteres manche Erleichterung verschaffen, aber das Tier! Es ist wohl eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Menschen, vor allem aber eines Tierbesitzers, daß er sich während der heißen Tage seiner Tiere annimmt und ihnen vor allen Dingen genügend frisches Wasser zum Trinken gibt. Ein Schluß frisches Wasser läßt die Tiere genau so wie den Menschen und hilft ihnen die Hitze leichter ertragen.

Pferde und Jungtiere, die besonders während der heißen Erntezeit schwer arbeiten müssen, sollen auch während des Tages öfters getränkt werden. Wenn auch der Bauer gerade im Sommer wenig Zeit hat, den Hof zu und darf er deswegen doch nicht vergessen, und es wird sich auch während der Erntezeit immer ein Mensch auf dem Hofe finden, der den Hund mit frischem Wasser versorgt. Außer Pferd und Hund sind es auch die Stalkhähnen, die oft ganz vergessen werden und die gerade während der Sommerzeit Schatten und frisches Trinkwasser in ausreichender Menge brauchen, damit sie nicht eingehen. Auch das Geflügel und die Singvögel in den Käfigen sollen keinen Wassermangel leiden. Während der heißen Monate muß sich daher jeder Tierhalter die Mahnung vor Augen halten: Tränkt Deine Tiere ausreichend, gib ihnen genügend und frisches Trinkwasser!

Gestorben

Nagold-Stuttgart: Karl Deuble, 61 J. a. Klosterreichenbach: Marie Wurster, 63 J. a.

Das Wetter

Beränderliche Winde. Vielfach aufheitend, trocken, tagsüber zunehmende Erwärmung.

Druck und Verlag: W. Nietel'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptgeschäft: Ludwig Laut. Anzeigenlsg.: Gustav Wohlisch alle in Altensteig. D. A.: V. 37: 2170. Jzt. Preis: 3 gültig.

Auß Baden

Pforzheim, 28. Juli. (Zusammenstoß im Württal.) In der Kurve beim Gasthaus „Liedeneck“ im Württal stieß der Anhänger eines Lastkraftwagens beim Ueberholen gegen einen Personenwagen und warf diesen die Böschung hinunter. Dabei wurde der Wagen stark beschädigt. Der Fahrer erlitt durch Glassplitter Verletzungen am Kopf und an den Händen. Eine Insassin wurde ins Krankenhaus gebracht.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Führer empfing die Sieger vom Nürnbergring. Die Nürnbergring-Sieger Rudolf Caracciolo und Hans von Brauchitsch besuchten am Montag auf ihrer Reise nach Stuttgart Bayreuth und wurden dort vom Führer empfangen.

König Carol von Rumänien in Brüssel. König Carol von Rumänien ist zu einem Privatbesuch in Brüssel eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom belgischen König, dessen Bruder sowie von Mitgliedern der rumänischen Gesandtschaft empfangen.

Internationale Filmkunstausstellung Venedig. Bei der am 10. August in Venedig beginnenden 5. Internationalen Filmkunstausstellung wird auch Deutschland wie in den Vorjahren vertreten sein. Eine Auswahl der besten deutschen Filmwerke, und zwar Spielfilme, dokumentarische und Kulturfilme sind für die Vorführungen gemeldet. Als Vertreter Deutschlands wird sich der Präsident der Reichsfilmkammer Staatsminister a. D. Prof. Dr. Lehndorff nach Venedig begeben. Die Liste der deutschen Filme für Venedig umfasst insgesamt sieben Spielfilme und acht Kulturfilme.

Autobusunglück bei Toulouse. In der Nähe von Toulouse ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Auf einer Bahnkreuzung wurde ein vollbesetzter Autobus von einem Zuge erfasst und etwa 60 Meter weit mitgeschleift. 15 Insassen des Autobusses mußten schwerverletzt in ein Krankenhaus von Toulouse gebracht werden.

Flußsperrre bei Rouen aufgelöst. Die Auflösung der Flußsperrre, die die Stretkenden auf der Seine bei Rouen gebildet hatten, wurde durch ein starkes Aufgebot von Mobilgarde und Matrosen vorgenommen, ohne daß es dabei zu Zwischenfällen kam.

In Breisach am Rhein beging Eisenbahninspektor I. R. Paul Kleiber seinen 88. Geburtstag. Der körperlich und geistig noch durchaus rüstige Mann ist einer der letzten Augenzeugen der Krönung Wilhelms I. im Spiegelssaal des Versailler Schlosses. Er befand sich damals als 19jähriger Obergefreiter des Niederschlesischen Feldartillerieregiments Nr. 5 unter den Truppenequipationen.

Opfer der Berge. Am Sonntag kürzten der Diplom-Kaufmann Heinz Dalem und der Student Ulrich Timme, beide aus München, beim Wdhieg vom Totenkrieg ab. Dalem ist tot, er wurde durch die Rettungsgestelle aufsteigen noch am selben Tag zu Tal gebracht. Timme erlitt Kopf- und Rippenverletzungen.

Statt Spanien die Tochter erschossen. Als in Hüttenrode ein Einwohner in seinem Garten Spanien schießen wollte, entlud sich durch Umstände, die noch der Klärung bedürfen, die Büchse und das Geschloß traf unglücklichweise die Tochter des Schützen, die 37jährige Witwe Fahlberg, die sich ebenfalls im Garten befand. Der Arzt konnte nur noch den Tod der jungen Frau feststellen. Die Tote hinterläßt zwei unmündige Kinder.

Im Kampf mit Bienen. In der Nähe von Hahjurt bei Schweinfurt war der Regiermeister Hans Raier mit Weizen schneiden beschäftigt. In seiner Begleitung befanden sich seine beiden Söhne, ein Lehrling und noch ein Arbeitsmann. Während der Arbeit wurden sie von einem Bienenschwarm überfallen. Die beiden Pferde vor ihrem Arbeitswagen rissen aus und kürzten über eine Böschung in einen Graben nahe dem Bienenstand. Der Regiermeister wurde durch Stiche derart verletzt, daß er ins Krankenhaus Schweinfurt eingeliefert werden mußte. Sein Zustand ist besorgniserregend. Auch die übrigen Beschäftigten erlitten erhebliche Verletzungen. Erst als die Feuerwehr anrückte und einen Sprühstrahl einsetzte, konnten die Pferde, die inzwischen von Tausenden von Bienen überfallen und gestochen worden waren, aus ihrer schrecklichen Lage befreit werden. Die Tiere waren aber derart zugerichtet, daß sie einige Stunden später verendeten.



Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Organisation

Kreisleitung der NSDAP.

Am 30. Juli, von 12-13 Uhr Eröffnung der 14. großen Deutschen Rundfunkausstellung aus Halle 1 des Ausstellungsgeländes. Die Eröffnung wird auf den Reichsfender Stuttgart übertragen. Die Ortsgruppen und Stützpunkte werden auf die Uebertragung aufmerksam gemacht.

SA., SAR., SAL., SS., NSKK., RAD.

Heute 19.00 Uhr Sportplatz freiwilliger Arbeitsdienst

NJ., HdM., JV., JM.

Hilfs-Jugend, Gefolgshaft 17/126 (401)

Es meldet mit jeder Standortführer, wieweil HJ-Leistungsabzeichen in seinem Standort sind, und zwar von jedem HJ-Jungen den Namen, Vornamen und Ort des Trägers. Die Meldung muß unbedingt bis Donnerstag, 29. 7. bei mir sein. Es fehlen mir noch Reichsturmabzeichen von Eichenlaub und von Altensteig. Ich bitte diese Beträge spätestens bis Freitag bei mir abzuliefern, denn ich kann nicht mehr länger warten, bis es jedem geschieht ist. Stv. Führer der Gef.

Letzte Nachrichten

Unterredung Grandi-Chamberlain

London, 28. Juli. Der italienische Botschafter Graf Grandi besuchte am Dienstag den englischen Ministerpräsidenten Neville Chamberlain in der Downing Street. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.

Englischer Dampfer durch nationalspanischen Kreuzer aufgebracht

London, 27. Juli. Nach einem hier eingetroffenen Bericht ist der englische Dampfer „Mirupanu“ (2500 Tonnen) am Samstag in den spanischen Hoheitsgewässern auf der Höhe von Gijon durch den nationalen Kreuzer „Ciudad de Valencia“ aufgebracht und nach Ferrol gebracht worden. Der Kapitän der „Mirupanu“ ergab sich sofort, nachdem die „Ciudad de Valencia“ einen Warnungsschuss abgegeben hatte. Die „Mirupanu“ ist das dritte englische Schiff, das im Juli innerhalb der spanischen Gewässer von nationalen spanischen Flottenstreitkräften aufgebracht worden ist.

Bau von sechs neuen Marinehilfsfahrzeugen in USA.

Washington, 27. Juli. Der Senat überfandte am Dienstag zur Bestätigung an das Weiße Haus einen Gesetzentwurf über den Bau von sechs Marinehilfsfahrzeugen, nachdem das Senatsplenum einem Änderungsvorschlag des Unterhauses zugestimmt hatte, wonach mindestens die Hälfte aller Schiffe von Regierungswerften gebaut werden müsse. Die pazifischen Küstenwertten erhalten eine Vorrangbehandlung. Der Gesamtwert der neuen Fahrzeuge beträgt über 50 Millionen Dollar.

Traurige USA-Bilanz:

4,5 Millionen Arbeitstage-Verlust im Juni

Newyork, 27. Juli. Durch Streiks hat die Wirtschaft der Vereinigten Staaten im Monat Juni insgesamt 4,5 Millionen Arbeitstage eingebüßt. Nach Angaben des Arbeitsministeriums waren am 1. Juni 300 Streiks im Gange, 575 begannen neu im Juni und im Verlauf des Monats Juli kamen weitere 390 hinzu. Im Juni gingen, wie weiter mitgeteilt wird, mehr Arbeitstage verloren als zu irgend einer Zeit der letzten 18 Monate.

Humor und Lachen

Eine unerwartete Antwort. „Zahlen Ober! Ich hatte eine Suppe, eine Kalkpute, eine Wehlspeise, Käse und zwei Helle!“ — „Hat der Herr nicht noch etwas?“ — „Ja, Hunger habe ich noch!“

Zum größten Teil Frankfurter. „Sie sind Frankfurter?“ — „Zum größten Teil, Herr Bachmeister.“ — „als ich nach Frankfurt kam, wog ich 8 Pfund und jetzt wiege ich 150 Pfund.“

Zur gefl. Beachtung!

Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur Kenntnis, daß der Betrieb von meiner Frau und meiner zuverlässigen Erfolgschaft trotz meines Unfalls in gleicher Weise

weitergeführt wird

und bitte denselben Ihr volles Vertrauen entgegenbringen zu wollen.

Wilhelm Walz Fuß Nachf.

Glaser- und Malergeschäft, Altensteig.

Gebrauchte

Fässer

(nicht-Effel), hat in verschiedenen Größen abzugeben

M. Schmirle, Altensteig.

Neuweil.

Gulen

Obstmot

hat zu verkaufen

Jakob Reutshler.



Ulmer Pflüge

in modernster Bauart und großer Auswahl zu Originalfabrikpreisen empfehlen

Berg & Schmid, Nagold

Alleinverkauf für EBERHARDT-Erzeugnisse im Kreis Nagold

Butterpergamentpapier

empfiehlt die

Buchhandlung Lank

Altensteig.

Ein fleißiger, geordneter

Laufbursche

findet dauernde Stelle in der

Buchdruckerei Lank Altensteig.

Tüchtiger, gewandter

Schreiner

findet dauernde Beschäftigung bei M. Kalmbach

Möbelwerkstätte, Altensteig

Eine mit dem 4. Kalb hochträgliche, gute

Milch Kuh

hat zu verkaufen

J. Lub, Ettmannsweller.

Wer spart, kommt vorwärts.

Und wer rechnet und sieht, in welcher verhältnismäßig kurzer Zeit Zins und Zinseszins ein Kapital verdoppeln können, der schätzt auch den Zins als stillen, sicheren Mehrer seiner Einlagen. Deshalb spare mit doppeltem Eifer regelmäßig bei der

Sparkasse Altensteig.

Zum sofortigen Eintritt tüchtiger

Furnierere gesucht

Möbelfabrik Wolf, Egenhausen.

